## S 14 V 9/07

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Sachsen-Anhalt

Sozialgericht Sozialgericht Magdeburg

Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung 14 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 14 V 9/07 Datum 11.11.2010

2. Instanz

Aktenzeichen L 7 VE 1/11 Datum 23.04.2014

3. Instanz

Datum -

Die Klage wird abgewiesen.

Die notwendigen auÄ∏ergerichtlichen Kosten des KlĤgers sind nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Der KlĤger begehrt die GewĤhrung eines hĶheren Berufsschadensausgleiches.

Nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule von 1953 bis 1961 begann der Kläger eine Lehre als Maurer.

Die staatlichen BehĶrden der DDR leiteten gegen den KlĤger ein Ermittlungsverfahren ein, nach dem dieser wĤhrend des Berufsschulunterrichts eine systemkritische Parole in eine Ausgabe der Verfassung der DDR geschrieben hatte. Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens wurde ein nervenfachĤrztliches Gutachten erstellt. In dem Gutachten vom 08. Juli 1963 stellte der SachverstĤndige fest, dass der KlĤger gegenýber seinen Altersgenossen in der Schule erheblich zurýckgeblieben sei. Beim KlĤger lägen eine Konzentrationsschwäche und eine rasche Ermýdbarkeit vor. Die gefundenen

Abweichungen deuten in Richtung eines frühkindlichen Hirnschadens. Der Kläger sei zum Zeitpunkt der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung nicht reif genug gewesen, die gesellschaftliche Gefährlichkeit seiner Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln.

Seine Maurerlehre durfte der KlĤger daraufhin nicht beenden und nach mehreren versuchten Grenzdurchbrüchen wurde der Kläger zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und in der Zeit vom 25. Juni 1965 bis 21. Dezember 1967 inhaftiert.

Nach seiner Haftentlassung verrichtete der Kläger verschiedene Hilfsarbeiten. Im Juli 1975 verlieà er das Gebiet der DDR um im November 1975 zurückzukehren. Da der Kläger fþr den Aufenthalt in der DDR keine erforderliche polizeiliche Genehmigung hatte, wurde er für 6 Wochen inhaftiert. Nach der Haftentlassung verlies der Kläger wiederum das Gebiet der DDR. Nach einer erneuten Rückkehr wurde der Kläger durch das Kreisgericht Magdeburg Süd am 20. Januar 1977 erneut zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Diese Freiheitsstrafe verbüà te der Kläger in der Zeit vom 17. November 1976 bis zum 16. November 1977. Nach einem erneuten Verlassen des Gebietes der DDR und der anschlieà enden Rückkehr wurde der Kläger aufgrund des Haftbefehls des Kreisgerichtes Halberstadt vom 14. Februar 1984 in der Zeit vom 16. Februar 1984 bis zum 18. April 1984 wiederum inhaftiert.

Durch die Rehabilitierungsbeschlüsse des Bezirksgerichtes Magdeburg vom 31. August 1992, des Landgerichtes Halle vom 21. Dezember 1993 und des Landgerichtes Magdeburg vom 15. November 1995 wurde die Rechtsstaatswidrigkeit der Entscheidungen festgestellt, die die Inhaftierungen zur Folge hatten.

Mit Bescheid vom 2. April 1998 beschied das RegierungsprĤsidium Magdeburg, dass der KlĤger Verfolgter im Sinne des beruflichen Rehabilitierungsgesetzes sei, da der KlĤger aus politischen Grýnden aus seinem AusbildungsverhĤltnis gedrĤngt worden sei. Er habe in der Zeit vom Mai 1945 zumindest zeitweilig weder den angestrebten noch einen sozial gleichwertigen Beruf ausüben können.

Der KlĤger hatte seit seiner Haftentlassung im Jahr 1967 verschiedene Hilfsarbeiten als BogenfĤnger, Gleisbauer, Transportarbeiter, Rangierarbeiter, Tiefbauarbeiter, Produktionsarbeiter, Betriebshandwerker, MĶbelarbeiter, Farbspritzer, Verlader und Haushandwerker verrichtet. In der Zeit von 1990 bis 1997 war der KlĤger als Hausmeister für das Landratsamt Q. tätig. Seit April 1997 bezieht der KlĤger eine Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit.

Der Kl\tilde{A}\mathbb{x}\text{ger stellte am 9. August 1994 einen Antrag auf Gew\tilde{A}\mathbb{x}\text{hrung von Besch\tilde{A}\mathbb{x}\text{digtenversorgung.}

Der Beklagte lehnte den Antrag mit Bescheid vom 30. März 1995 ab. In der Begründung wird im Wesentlichen ausgeführt, dass die psychische Erkrankung des Klägers nicht auf die Inhaftierung des Klägers zurückzuführen sei. Darüber hinaus lieÃ⊡en sich gegenwärtig psychopathologisch keine

krankheitswerten Befunde erheben. Insbesondere bestünden keine Angst- oder Furchtsymptome. Hiergegen erhob der KlĤger mit Schreiben vom 25. August 1995 Widerspruch, welchen der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 10. Juli 1997 zurückwies. Die hiergegen erhobene Klage wurde durch Urteil des Sozialgerichts Magdeburg vom 25. Januar 2001 abgewiesen. im nachfolgenden Berufungsverfahren wurde ein psychotherapeutisch-medizinisches Gutachten in Auftrag gegeben. In dem Gutachten vom 13. Januar 2003 führte der SachverstĤndige unter anderem aus, dass beim KlĤger deutliche Zeichen einer traumatisch bedingten PersĶnlichkeitsstĶrung festgestellt werden kĶnnen. Dieses manifestiere sich in einem andauernd unangepassten Verhalten. Des Weiteren lasse sich eine rezidivierende depressive StĶrung, feststellen. Es lasse sich das inkomplette klinische Bild einer posttraumatischen BelastungsstĶrung nachweisen. Sowohl die PersĶnlichkeitsstĶrung als auch die rezidivierende depressive StA¶rung sowie teilweise vorhandene Zeichen einer posttraumatischen Belastungsstörung lieÃ∏en sich auf die Inhaftierung des Klägers von 1965 bis 1967 zurückführen. Wahrscheinlich habe es schon im Vorfeld bestimmte PersĶnlichkeitsbesonderheiten beim KlĤger gegeben. Der KlĤger sei zum Zeitpunkt der Inhaftierung allerdings erst 18 Jahre alt gewesen, sodass nicht davon auszugehen sei, dass er bereits eine vollstĤndige ErwachsenenidentitĤt ausgebildet hatte. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass sich ohne die Inhaftierung eine Ĥhnlich ausgeprĤgte PersĶnlichkeitsstĶrung entwickelt hätte.

Das Berufungsverfahren wurde durch eine vergleichsweise Regelung beendet. Der Beklagte erkannte hiernach beim Kläger eine stärker behindernde Persönlichkeitsstörung mit wesentlicher Einschränkung der Erlebnis- und Gestaltungsfähigkeit als Schädigungsfolge nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz an und gewährte dem Kläger ab dem 01. August 1994 eine Versorgungsrente nach einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 vom Hundert. Der Beklagte erlieÃ☐ hierzu den Ausfù¼hrungsbescheid vom 16. April 2004.

Der Beklagte pr $\tilde{A}^{1/4}$ fte sodann von Amts wegen das Vorliegen einer beruflichen Betroffenheit sowie die Voraussetzungen eines Berufsschadensausgleichs.

Mit Bescheid vom 28. Oktober 2004 gewĤhrte der Beklagte dem KlĤger einen Berufsschadensausgleich. Als Vergleichsberuf wurde der Beruf des Hausmeisters zugrunde gelegt. Darüber hinaus stellte der Beklagte beim Kläger eine besondere berufliche Betroffenheit fest und erhöhte die Gesamt-MdE des Klägers auf 40 vom Hundert ab dem 1. April 1997.

Hierzu stellte der Kläger mit Schreiben vom 31. 03. 2006 einen Ã∏berprüfungsantrag. Der Beklagte habe nicht den Vergleichsberuf des Hausmeisters, sondern den des Maurers zugrunde zu legen.

Der Beklagte lehnte den Antrag mit Bescheid vom 17. November 2006 ab. Der Vergleichsberuf des Maurers kĶnne nicht herangezogen werden, da der KlĤger die begonnene Maurerlehre aus politischen Grù⁄₄nden nicht beenden konnte. Die

nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz anerkannten SchĤdigungsfolgen seien hierfür nicht verantwortlich.

Hiergegen erhob der Kläger mit anwaltlichem Schreiben vom 6. Dezember 2006 Widerspruch, welchen der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 16. Januar 2007 als unbegründet zurückwies.

Mit seiner Klage verfolgt der Kläger weiterhin das Ziel der Gewährung eines höheren Berufsschadensausgleiches. Er vertritt die Auffassung, dass er auch gesundheitlichen Grù¼nden nicht in der Lage gewesen sei, den Beruf des Maurers auszuù¼ben. Er habe kein Durchhaltevermögen gehabt und habe sich auch nur sehr schlecht konzentrieren können.

Der KlĤger beantragt,

den Bescheid des Beklagten vom 17. November 2006 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 16. Januar 2007 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, den Bescheid vom 28. Oktober 2004 dahingehend abzuĤndern, dass bei der Berechnung des Berufsschadensausgleiches der Vergleichsberuf des Maurers herangezogen wird.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte vertritt weiterhin die Auffassung, dass der Kl $\tilde{A}$ ¤ger den Beruf des Maurers aus politischen Gr $\tilde{A}$ ¼nden habe nicht erlernen d $\tilde{A}$ ¼rfen. Die anerkannten Sch $\tilde{A}$ ¤digungsfolgen seien hierf $\tilde{A}$ ¼r nicht urs $\tilde{A}$ ¤chlich.

Das Gericht hat Beweis erhoben durch die Einholung eines psychiatrisch-psychosomatischen Fachgutachtens.

Die SachverstĤndige fļhrt in ihrem Gutachten vom 9. Juli 2010 aus, dass es beim KlÄxger unstrittig durch die Inhaftierung im jugendlichen Alter zu einer psychischen Traumatisierung gekommen sei, welche eine Persä¶nlichkeitsstä¶rung mit emotional instabilem Anteil nach Extrembelastung nach sich gezogen habe. LeistungseinschrĤnkungen, welche aus der emotional instabilen Persönlichkeitsstörung resultiert haben können, betreffen Kontinuität des LeistungsvermĶgens, Umstellungs- und AnpassungsvermĶgen, FĤhigkeit zur ̸bernahme von Verantwortung und Stresstoleranz, Konflikt- und Teamfähigkeit. Beim KlĤger stünden innere Unruhe intermittierend, Misstrauen und aggressive sowie autoagressive Impulsdurchbrüche sowie Schlafstörungen und Albträume im Mittelpunkt der Symptomatik. Dies dürfte die KontinuitÃxt des LeistungsvermĶgens des KlĤgers beeinflusst haben. Der KlĤger habe Arbeiten mit mittelschwierigen geistigen Anforderungen regelmäÃ∏ig ausüben können. Er sei durchschnittlich intelligent. Der KlA

ger k

nne durchschnittliche Anforderungen an Reaktionsfähigkeit, Ã∏bersicht, Aufmerksamkeit, Verantwortungsbewusstsein und ZuverlÄxssigkeit erfÄ1/4llen. GefÄxhrdet seien

ZuverlĤssigkeit und Verantwortungsbewusstsein lediglich im Rahmen akuter KrĤnkungen oder emotionaler Ã∏berlastungen gewesen. Solche psychischen Belastungssituationen seien beim KlĤger jedoch nie im Zusammenhang mit beruflicher TĤtigkeit aufgetreten. Eine berufliche TĤtigkeit habe sich eher stabilisierend ausgewirkt. Das rĤumliche VorstellungsvermĶgen des KlĤgers sei durch die psychiatrischen Diagnosen nicht beeintrĤchtigt. Die FlexibilitĤt des KlĤgers sei ebenfalls nicht beeintrĤchtigt. Der KlĤger habe in seiner Lebenssituation immer wieder VerĤnderungen herbeigeführt oder zumindest ausgehalten. Er sei in der Lage gewesen, auf diese VerĤnderungen zu reagieren. Die BefĤhigung des KlĤgers zur Gruppenarbeit sei sicherlich eingeschrĤnkt, jedoch nicht aufgehoben gewesen.

Die Gerichtsakte und die Verwaltungsakte des Beklagten haben vorgelegen und waren Gegenstand der mýndlichen Verhandlung. Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Sachvortrages der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakte ergänzend verwiesen.

## EntscheidungsgrÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>nde:

Die Klage ist zulĤssig, aber unbegrļndet.

Der Bescheid des Beklagten vom 17. November 2006 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 16. Januar 2007 ist rechtmäÃ□ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten.

Der Beklagte ist in seinem Bescheid vom 28. Oktober 2004 bei der Ermittlung des Berufs- schadensausgleiches zutreffend vom Vergleichsberuf des Hausmeisters ausgegangen.

Rentenberechtigte BeschĤdigte, deren Einkommen aus gegenwĤrtiger oder früherer Tätigkeit durch die Schädigungsfolgen gemindert ist, erhalten nach § 30 Abs. 3 Bundesversorgungsgesetz (BVG) nach Anwendung des Abs. 2 einen Berufsschadensausgleich in Höhe von 42,5 vom Hundert des auf volle EURO aufgerundeten Einkommensverlustes (Abs. 4) oder, falls dies günstiger ist, ein Berufsschadensausgleich nach Abs. 6.

Einkommensverlust ist nach  $\frac{\hat{A}\S}{30}$  Abs. 4 BVG der Unterschiedsbetrag zwischen dem derzeitigen Bruttoeinkommen aus gegenw $\tilde{A}$ xrtiger oder fr $\tilde{A}$ 4herer T $\tilde{A}$ xtigkeit zuz $\tilde{A}$ 4glich der Ausgleichsrente (derzeitiges Einkommen) und dem h $\tilde{A}$ ¶heren Vergleichseinkommen.

Das Vergleichseinkommen errechnet sich nach <u>§ 30 Abs. 5 BVG</u> nach den Sätzen 2 bis 6 aus dem monatlichen Durchschnittseinkommen der Berufs- oder Wirtschaftsgruppe, der die Beschädigten ohne die Schädigung nach ihren Lebensverhältnissen, Kenntnissen und Fähigkeiten und den bisher betätigten Arbeits- und Ausbildungswillen wahrscheinlich angehört hätten.

Der Grad der Schäzdigungsfolgen ist nach <u>ŧ 30 Abs. 2 BVG</u> hĶher zu bewerten,

wenn der BeschĤdigte durch die Art der SchĤdigungsfolgen im vor der SchĤdigung ausgeĽbten oder begonnen Beruf, im nachweisbar angestrebten oder in dem Beruf besonders betroffen sind, der nach Eintritt der SchĤdigung ausgeļbt wurde oder noch ausgeļbt wird. Das ist insbesondere der Fall, wenn

- 1. aufgrund der SchĤdigung weder der bisher ausgeļbte, begonnene oder nachweisbar angestrebte noch ein sozial gleichwertiger Beruf ausgeļbt werden kann,
- 2. zwar der vor der Schädigung ausgeÃ⅓bte oder begonnene Beruf weiter ausgeÃ⅓bt wird oder nach nachweisbar angestrebte Beruf erreicht wurde, Beschädigte jedoch in diesem Beruf durch die Art der Schädigungsfolgen in einem wesentlichen AusmaÃ□ als im allgemeinen Erwerbsleben erwerbsgemindert sind, oder
- 3. die SchÄxdigungen nachweisbar den weiteren Aufstieg im Beruf gehindert hat.

Der Kl $\tilde{A}$ ¤ger war nicht aufgrund der Sch $\tilde{A}$ ¤digung daran gehindert, den Beruf des Maurers zu erlernen und auszu $\tilde{A}$ ½ben. Dies hatte allein politische Gr $\tilde{A}$ ½nde, die im Anwendungsbereich des Berufsschadensausgleiches keine Ber $\tilde{A}$ ½cksichtigung finden k $\tilde{A}$ ¶nnen.

Beim Kläger wurde als Schädigungsfolge eine stärker behindernde Persönlichkeitsstörung mit wesentlicher Einschränkung der Erlebnis- und Gestaltungsfähigkeit anerkannt.

Insoweit liegt beim Kläger eine Schädigungsfolge im psychiatrischen Bereich vor. MaÃ∏geblich ist deshalb, ob der Kläger trotz dieser psychiatrischen Schädigungsfolge in der Lage gewesen wäre, den Beruf des Maurers zu erlernen und auszuüben.

Ausweislich der Berufsbeschreibung des Maurers im Berufsinformationssystem der Bundesagentur fýr Arbeit wird beim Maurer ein durchschnittliches allgemeines intellektuelles Leistungsvermögen vorausgesetzt. Hierzu hat die gerichtliche Sachverständige festgestellt, dass der Kläger in der Lage war, Arbeiten mit mittelschwierigen geistigen Anforderungen regelmäÃ∏ig auszuüben. Er sei durchschnittlich intelligent. Er bewältige bis zum jetzigen Zeitpunkt die Erfassung juristischer Zusammenhänge und schreibe diesbezüglich verständliche Briefe.

Des Weiteren wird im Berufsbild des Maurers ein durchschnittliches räumliches Vorstellungsvermögen verlangt, was ausweislich der gerichtlichen Sachverständigen beim Kläger nicht beeinträchtigt war. Dies ergibt sich auch aus der Tatsache, dass der Kläger in seinem Erwerbsleben eine Vielzahl von handwerklichen Berufen ausgeübt hat.

 $F\tilde{A}\frac{1}{4}$ r den Beruf des Maurers werden dar $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber hinaus berufsspezifische Merkmale ben $\tilde{A}$ ¶tigt, um diesen Beruf aus $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ben zu k $\tilde{A}$ ¶nnen. Dies betrifft Sorgfalt (z.B. exaktes Arbeiten mit Wasserwaage, Nivellierger $\tilde{A}$ xten und Lot), Umsicht (z.B.

Beachten der Sicherheit von Passanten und Kollegen beim Arbeiten auf Gerýsten, Hebebühnen und Leitern), Flexibilität (z.B. Baustellenwechsel, ständiges Anpassen an sich ändernde Arbeitsbedingungen), Befähigung zur Gruppenarbeit/Teamfähigkeit (z.B. Einweisen des Baggerführers auf der Baustelle).

Hierzu hat die gerichtliche SachverstĤndige festgestellt, dass die FlexibilitĤt des KlĤgers ebenfalls nicht beeintrĤchtigt gewesen ist. Er habe in seiner Lebenssituation immer wieder VerĤnderungen herbeigefýhrt oder zumindest ausgehalten. Er sei in der Lage gewesen, auf diese VerĤnderungen zu reagieren. Von einer krankheitsbedingten EinschrĤnkung in Bezug auf Sorgfalt und Umsicht sei nicht auszugehen. Dies könne lediglich in emotionalen Belastungssituationen vorübergehend beeintrĤchtigt gewesen sein. Da diese Belastungssituationen jedoch nie im Zusammenhang mit beruflicher TĤtigkeit beim KlĤger aufgetreten seien, sei von einer diesbezüglichen LeistungseinschrĤnkung nicht auszugehen. Die BefĤhigung des KlĤgers zur Gruppenarbeit sei sicherlich eingeschrĤnkt, jedoch nicht aufgehoben gewesen. Aufgrund von KrĤnkbarkeit und misstrauischer Haltung dürfte dem KlĤger Gruppenarbeit schwerer gefallen sein. Sie sei jedoch nicht unmĶglich gewesen.

Dies verdeutlicht, dass der Kläger trotz seiner anerkannten Schädigungsfolgen in der Lage gewesen wäre, den Beruf des Maurers zu erlernen und auszuüben. Soweit der Kläger ausführt, er habe die Tätigkeit nicht ausþben können, da er über kein Durchhaltevermögen verfügt habe und er sich auch nur sehr schlecht habe konzentrieren können, so ist dem entgegenzuhalten, dass der Kläger in der Zeit von 1990 bis 1997 als Hausmeister tätig gewesen ist. Der Kläger war demnach durchaus in der Lage, über einen längeren Zeitraum einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Darüber hinaus sind im Rahmen einer Hausmeistertätigkeit Fähigkeiten zu erwarten, die auch im Beruf des Maurers notwendig sind. Insbesondere ist es auch notwendig, sich auf bestimmte Arbeitsabläufe zu konzentrieren.

Insgesamt finden sich keine Anhaltspunkte daf $\tilde{A}^{1}/_{4}r$ , dass der Kl $\tilde{A}$  $^{*}$ ger mit seiner psychiatrischen Erkrankung nicht in der Lage gewesen w $\tilde{A}$  $^{*}$ re, den Beruf des Maurers zu erlernen und auszu $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ben.

Der Kläger ist unstreitig aus politischen GrÃ⅓nden daran gehindert worden, seine Ausbildung abzuschlieÃ∏en und den Beruf auszuÃ⅓ben. Dies kann im Anwendungsbereich des Bundesversorgungsgesetzes aber keine BerÃ⅓cksichtigung finden. Diese BegrÃ⅓ndung ist bei der beruflichen Rehabilitierung des Klägers im Bescheid des Regierungspräsidiums Magdeburg vom 30. April 1996 berÃ⅓cksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der politischen Verfolgung des Klägers sind die anerkannten Schädigungsfolgen im Hinblick auf die Einschränkungen der beruflichen Entwicklung des Klägers nicht als ursächlich anzusehen.

Die Kostenentscheidung erging in Anwendung von 5 193 SGS.

Erstellt am: 09.02.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024